

**Stellungnahme der SPD-Ratsfraktion  
zum Haushalt der Gemeinde Jüchen 2011**

**Beharrlich an der Zukunft arbeiten**

**Dr. Holger Tesmann, Fraktionsvorsitzender  
Ratssitzung am 21. März 2011**

Es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Zillikens,  
meine sehr geehrten Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung !**

Die Haushaltsreden im Rat boten schon immer eine Art Generalrevision und Generalvision der Jüchener Kommunalpolitik. Die heutige Rede für die SPD-Ratsfraktion unter dem Motto „**Beharrlich an der Zukunft arbeiten**“ möchte ich aber etwas anders als üblich beginnen.

Zu Anfang möchte ich von dieser Stelle aus unsere neue Dezernentin, Frau Annette Gratz, in ihrer ersten Ratsdebatte zum Haushalt begrüßen: Herzlich willkommen in der Jüchener Kommunalpolitik! Sie ahnen noch gar nicht, welche hohen Erwartungen sich auf Sie richten. Jüchener Kommunalpolitik ist kein Freizeiterlebnis. Die offenen und verborgenen Anstrengungen und Frustrationen sind nicht nur für Ehrenamtler eine wahrhaftige Realitätserfahrung.

Das führt mich unmittelbar zum Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung (der sonst immer ans Ende der Reden gestellt wird). Meine Damen und Herren: Ihre engagierten Beiträge – ich will beispielhaft vom letzten Jahr nur das nennen, was mir besonders aufgefallen ist, ohne jemanden zurückzusetzen: die Aufarbeitung der vergangenen Jahresabschlüsse, die langfristig erfolgreichen Maßnahmen zur Senkung der Schulden im Abwasserbetrieb, die umfangreichen Planungen zur Straßen- und Gebietsentwicklung, die notwendigen Vertragsvorbereitungen und –verhandlungen in der Wirtschaftsförderung, die Steuerung im Bereich von Schule und Sport – Ihre persönlichen Beiträge in kaum abzutragenden Überstunden haben unser aller Respekt und Dank verdient.

Noch etwas anderes, das nun aber die SPD-Ratsfraktion selbst betrifft, sei an den Anfang gestellt. Es ist die Wiederholung unserer Aussage aus jeder vergangenen Haushaltsrede auch im Jahr 2011, am klarsten formuliert in einem **Zitat aus 2009**:

**Die Jüchener Sozialdemokraten unterstützen alle Investitionen und Maßnahmen, die für die gegenwärtigen und zukunftsichernden Grundlagen unseres Gemeindelebens erforderlich sind, auch um den Preis hoher Verschuldung. Sie wollen aber, dass sich das Vorgehen an der Finanzkraft der Gemeinde orientiert und begleitet wird durch eine konsequente langfristige Entschuldungsstrategie.**

Das gilt für alle Bereiche: Schule und Kindererziehung, Sport und Verkehr, Gewerbe- und Stadtentwicklung. Ich betone das, weil von einzelnen Sprechern hierzu immer wieder Gegenteiliges über uns - - in manchmal auch herabsetzender Absicht - öffentlich geäußert wird.

Die wichtigsten Einkünfte der Gemeinde resultieren aus Gewerbesteuern, Einkommensteuern und aus der Grundsteuer B. Damit ist seit Langem klar, wo investiert werden muss, um gesteigerte Einkünfte in der Zukunft zu generieren: In die Wirtschaftsförderung und in die Stadtentwicklung. Denn von den Schlüsselzuweisungen des Landes müssen wir uns wohl bis auf weiteres verabschieden.

Dabei ist und bleibt es richtig zu fordern, dass die Kommunen von Bund und Land finanziell so ausgestattet werden müssen, dass sie ihren grundgesetzlichen Auftrag der kommunalen Selbstverwaltung auch erfüllen können. Dies geht heutzutage nur über Steuererhöhungen, und das Steuergeld sollte man da holen, wo das meiste Geld ist, nicht da, wo es am leichtesten zu bekommen ist.

Jede Haushaltsrede eines Kämmerers in den letzten 5 Jahren hat darauf hingewiesen, dass die Schlüsselzuweisungen automatisch zurückgehen, wenn die Finanzkraft der Gemeinde steigt. Bereits 2009 war der Ansatz um 2,6 Mio € zurückgegangen und die Planung für 2012 hatte fast Null € erwartet.

Nach der Kreisstatistik für 2009 liegt Jüchen bei der Gewerbesteuer und damit auch bei der Gewerbesteuerumlage je Einwohner hinter den führenden Neuss und Grevenbroich an dritter Stelle. Dadurch sinken folgerichtig die Schlüsselzuweisungen. Andererseits liegt Jüchen im Kreis bei der Einkommensteuer und bei der Grundsteuer B an letzter Stelle je Einwohner.

Dies zeigt zweierlei: Eine Stärke, die es auszubauen gilt, und eine Schwäche, die es zu beseitigen gilt, und das heißt wiederum: Investition in Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung.

- 2 -

Man muss sich vor Augen halten: In 2010 waren von den 430 Kommunen in NRW 167 in der Haushaltssicherung und davon (ebenso wie Jüchen) 137 im Nothaushaltsrecht. Davon wiederum standen 35 Kommunen in einer gesetzwidrigen Überschuldung unter Verlust ihres gesamten Eigenkapitals!

Angesichts dieser Tatsachen entschloss sich die neue Landesregierung in ihrem **Nachtragshaushalt 2010**, für die Finanzierung der NRW-Kommunen zusätzliche Mittel auszuweisen. Jüchen hat davon mit 280 000 € profitiert. Dass der Verfassungsgerichtshof in Münster den Nachtragshaushalt nun gekippt hat, macht aber die bereits erfolgten Auszahlungen nicht mehr rückgängig. In der Sprache der rheinischen Philosophen heißt das für das Land: „Fott is fott“, oder aus der Gemeindeperspektive: „Wat wer ham, dat hammer.“ Ein Bürgermeister sollte sich darüber nicht beschweren.

Im **Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 von NRW** wurden zur weiteren Stärkung der Kommunen insgesamt 7,9 Mrd € das sind 323 Mio € mehr als in 2010, ausgewiesen. Zugleich trat aber etwas ein, was bei einigen Kommunen Schrecken verbreitete. Die Landesregierung nahm eine Anpassung der Grunddaten vor, die bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen zugrunde gelegt werden. Das wäre zuletzt turnusmäßig 2008 rechtlich geboten gewesen.

Nach einem Urteil des Verfassungsgerichtshofs Münster von 1998 muss eine solche Anpassung in jeder Legislaturperiode einmal erfolgen. Die vergangene CDU/FDP-Landesregierung hatte die Anpassung aber ausgesetzt und die reale Entwicklung auf diese Weise verschleiert. Das offizielle Argument war, dass nicht nur die Grunddaten, sondern auch die ganze GFG-Berechnungssystematik wegen der Entwicklungen insbesondere bei den Soziallasten angepasst werden müsste. Das dazu bestellte Gutachten des IFO-Instituts München liegt nun seit Sommer 2010 vor.

Die rot-grüne Landesregierung machte sich ehrlich und setzt die Folgerungen daraus in zwei Schritten und zunächst bei den Grunddaten um. Der zweite Schritt zur geänderten GFG-Systematik wird 2012 vollzogen. Er wird vermutlich weitere Einschnitte bedeuten für die Kommunen, die relative geringe Soziallasten haben und eine relativ gute Finanzkraftentwicklung aufweisen. Jüchen allerdings betrifft das nicht mehr. Von nun an ist Jüchen auf die eigene Finanzkraft angewiesen. Das unterstreicht umso mehr, dass Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung die entscheidenden Faktoren für Jüchens Zukunft sind.

Natürlich konnte sich niemand von uns freuen, als unerwartet die geplanten Schlüsselzuweisungen von 1,9 Mio € im Haushalt 2011 gestrichen werden mussten. Andererseits profitierte der Haushalt des Rhein-Kreises Neuss, bekanntlich von der CDU geführt, von dieser verspäteten Anpassung mit einer Zunahme der Schlüsselzuweisungen um 10 Mio €. Der lokale Unmut darf aber nicht zu ideologisch motivierten Fehlinterpretationen verleiten, als ob die Landesregierung kleine Kommunen zugunsten von anderen benachteiligt, Herr Altenberg. Erklärende Hinweise auf die nüchternen Tatsachen sollten nicht, wie es in der Juristensprache heißt, „mit Nicht-Wissen bestritten“ werden.

Tatsache bleibt: Die Gemeinde Jüchen hat in den letzten zwei Jahren mehr Zuweisungen vom Land bekommen als ihr realiter eigentlich zugestanden hätten! Ein Bürgermeister sollte sich darüber nicht beschweren.

Der **Haushalt 2011 der Gemeinde Jüchen** ist der erste, der vom neu gewählten Bürgermeister inhaltlich vollständig zu vertreten ist. Die bisherige Zunahme der Gesamtverschuldung erscheint durch die unerwartet günstige Entwicklung der Gewerbesteuern bis auf weiteres gestoppt. Es scheint auch gelungen zu sein, den drohenden Nothaushalt abzuwenden. Aber der Haushalt startet mit einem geplanten strukturellen Defizit von 5,5 Mio €. Auf diese Weise ist eine Rückführung der Gesamtverschuldung von etwa 42 Mio € im Haushalt und 7 Mio € im Abwasserbetrieb nicht zu erreichen.

Denn auch in den nächsten vier Jahren ist immer noch kein strukturell ausgeglichener Haushalt in Sicht. Die angekündigte Senkung der Gewerbesteuer eines Unternehmens um 40% aufgrund der Einführung der Brennelementesteuer für Atomkraftwerke trägt dazu bei. Für mich ist es unbegreiflich, dass eine Steuer als sogenannte Betriebsausgabe von der Gewerbesteuer abgesetzt werden kann. Der

Bund erhöht seine Einnahmen auf Kosten der Kommunen mit diesem Trick. Aber auch das kann ja nach der 180°-Wende der Bundesregierung in der Atompolitik vielleicht wieder anders werden.

- 3 -

Die CDU reagierte auf die erneuten Schwierigkeiten im Haushalt mit dem Stichwort „Sparen“, als habe sie vergessen, dass das Einsparpotential aller freiwilligen Leistungen bei lediglich 2 Mio € liegt und ihr der Landrat zudem in den letzten drei Jahren jedes Mal schriftlich einen mangelnden Willen zur Konsolidierung bescheinigt hat.

Die konkreten und detaillierten Vorschläge der SPD zu einer **langfristigen Entschuldungsstrategie** hat die CDU nie angenommen. Für sie ist das alles „abstrakt“. Natürlich spricht man von Wirtschaftsförderung, Gewerbeansiedlung, Familienzug. Aber mit welchen Maßnahmen das zu fördern ist, durch welche Personalkapazität, Projektentwicklung, Unterstützung von Experten, Kontaktaufbau und Suche nach kommunalen Vorbildern das zu bewerkstelligen ist: dazu fehlen Ideen und Initiativen.

Doch der neue Haushalt gibt Zeichen, dass sich die Dinge anders entwickeln. Er zeigt die Handschrift des Bürgermeisters in wesentlichen strategischen Ansätzen, wie sie von der SPD seit Jahren gefordert wurden:

- **Wirtschaftsförderung:** Die Professionalisierung und personelle Konzentration in der Wirtschaftsförderung wurde von uns im Haushalt 2010 erneut beantragt und damals erneut von der CFDGU-Ratsmehrheit abgelehnt. In diesem Jahr wird sie endlich verwirklicht. Besser spät als nie. So wird noch in diesem Jahr die Ausarbeitung eines **Einzelhandelskonzepts** möglich. Damit wird zum ersten Mal planvoll die Nahversorgung und die Gewerbeentwicklung in der ganzen Gemeinde ins Auge gefasst. Das ist eine ausgezeichnete Initiative der Verwaltung, die wir ausdrücklich begrüßen.

Mit dieser personellen und sachlichen Schwerpunktsetzung kann auch die

- **Gewerbeansiedlung** an der Robert-Bosch-Straße wieder intensiviert werden. Unser Antrag von 2008, einen Projektentwickler einzuschalten, wurde seinerzeit abgelehnt. Als nach einem verlorenen Jahr das Vorhaben schließlich doch angegangen wurde, schien sich alles gut bis zum Vertragsabschluss zu entwickeln. Dann aber platzten Vorhaben und Hoffnung als Folge der weltweiten Finanzkrise und der nachlassenden Konjunktur. Man muss das Eisen eben schmieden, solange es heiß ist.
- **Stadtentwicklung:** Eine personelle Verstärkung ist auch in der Stadtplanung vorgesehen. Unser Antrag, in einem Werkstattverfahren zum „Adenauerplatz Hochneukirch“ die Revitalisierung des Marktes anzugehen, war noch 2009 abgelehnt worden. Jetzt wird das baldmöglichst in Angriff genommen. Besser spät als nie. Wir sind davon überzeugt, dass ein mit der Bürgerschaft gestaltetes Werkstattverfahren zur Marktentwicklung in Hochneukirch schon für sich allein ein attraktives Signal im Standortmarketing bedeutet und mit seinem Erfolg weitere Initiativen zur Stadtentwicklung ausgelöst werden.
- **Verkehrsentwicklung:** Auch hier wird die personelle Verstärkung durch einen weiteren Stadtplaner dringend gebraucht. Ein neuer Verkehrsentwicklungsplan 2020 ist seit sechs Jahren überfällig. Wir erleben in diesen Monaten erneut, dass alle planerischen Konzepte von Umgehungsstraßen und Verkehrsentlastungen nach zu langer Zeit des Diskutierens in sich zusammenfallen, wenn sie nicht mit einem permanenten Anforderungsdruck in guter persönlicher Vernetzung und möglichst auch mit dem Schub von politisch Verantwortlichen auf Landesebene konzentriert vorgetragen werden.
- **Controlling: Kennzahlen** machen das wirtschaftliche Urteil quantitativ und transparent. Wir müssen lernen, in der Haushalts-Diskussion mit ihnen zu arbeiten. Wir müssen Vergleiche ziehen, Trends erkennen, Gründe analysieren, Maßnahmen ableiten. Z.B. liegt im Durchschnitt der NRW-Kommunen die Transferaufwandsquote bei 44% (hier gehen die Umlagen an Bund, Land und Kreis ein sowie die Soziallasten, die etwa die Hälfte ausmachen). Das verursacht den Hauptanteil in den strukturellen Defiziten. Jüchen liegt bei 47%. Was bedeutet das? Wir wünschen uns hierzu interpretative Vorlagen der Verwaltung im Hauptausschuss für eine tiefer gehende Debatte.

te. Das Haushaltsbuch weist zum ersten Mal solche haushalterischen Kennzahlen für einen landesweiten Vergleich („NRW set“) aus. Das ist ein Fortschritt, den wir ebenfalls sehr begrüßen.

- 4 -

Das sind die wesentlichen Gründe, warum wir den vorgeschlagenen Haushalt 2011 gut heißen. Die SPD-Ratsfraktion unterstreicht ihre Bereitschaft, mit Ideen und konstruktiver Mitarbeit die erkennbaren strategischen Ansätze zu unterstützen und auszubauen. Das verlagert in der Kommunalpolitik die bisher vielfach vorherrschende bloße Wunscherfüllung der Bürgerschaft auf die Ebene einer **Konsolidierung bei nachhaltiger Gemeindeentwicklung**.

Dabei stoßen wir auf einen anderen Umstand, der dem üblichen Anspruchsdenken von Interessengruppen häufig zuwider läuft: die **Verhältnismäßigkeit** der Investitionen und konsumtiven Zuschüsse je nach Produktbereich. Die folgende illustrative Auswahl zeigt die ganze Spannweite:

- Die **Soziallasten** im engeren Sinne addieren sich im Plan 2011 zu 5,5 Mio €
- Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre betrug der Zuschussbedarf im **Sport** für Betriebskosten, Personal und Vereine 746 000 €/a und für Investitionen 997 000 €/a. Das sind zusammen 1,74 Mio €/a.
- Für die **Schülerbeförderung** gewährt die Gemeinde durchschnittlich einen Zuschuss von etwa 1,3 Mio €/a
- Der Zuschuss für die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in den **Kitas** liegt bei 790 000 €/a, Sprachförderung, Mittagsverpflegung, Gebäudebewirtschaftung und Personal inbegriffen.
- Für die zukünftige Professionalisierung in der **Wirtschaftsförderung** wird jährlich ein Budget von 70 000 € veranschlagt.
- Für die Wiederherstellung von **Kinderspielplätzen** können in diesem Jahr 45 000 € ausgegeben werden.
- Für den Aufbau des **Seniorennetzwerks** gab die Gemeinde in den letzten zwei Jahren je 30 000 € aus.
- Für die **Verschönerung** des Marktes in Hochneukirch wurden einmalig 20 000 € ausgegeben.

Das sind natürlich Posten ganz unterschiedlicher Gewichtung und Werthaltigkeit, und es fällt nicht leicht, zwischen diesen und allen anderen Produkten des Haushalts eine allgemeine Ausgewogenheit herzustellen. Worauf es aber ankommt, ist, in der Öffentlichkeit anzuerkennen, dass bei allen Wünschen und Forderungen der Bürgerschaft die Gemeinde ihren konsumtiven Aufwand entweder finanzieren können oder aber reduzieren muss. Dazu muss die Bürgerschaft von einer Strategie der nachhaltigen Gemeindeentwicklung **und** Konsolidierung überzeugt werden, in die sie ihre Wünsche und Forderungen einpasst. Wo das nicht gelingt, beobachten wir irritierende Verhaltensweisen.

Ein Beispiel erleben wir in jüngster Zeit in der Auseinandersetzung um die Finanzierung des Umkleidegebäudes für den **VfB Hochneukirch**. Mit zweifelhaften Behauptungen über angebliche Finanzierungszusagen, an die sich niemand erinnert, wird öffentlicher Druck auf den Rat und die Verwaltung ausgeübt:

500 000 € solle die Umkleidekosten (ich stelle mir vor: Was für ein prächtiges Einfamilienhaus ließe sich dafür bauen!) und die vereinbarte Eigenbeteiligung von 19% könne nicht aufgebracht werden?! Uns ist es wichtig festzuhalten, dass die nun eingerichtete Arbeitsgruppe, die das Problem lösen helfen soll, kein Einnebelungsmanöver wird, um sich von der gegebenen begrenzten Finanzierungszusage des Rats abzusetzen.

Nun liegt ein Antrag auf dem Tisch zur Einrichtung einer **Bürgerbuslinie zwischen Damm und Jüchen**. Dafür sollen in diesem Haushalt 20 000 € und eine Ausfallbürgerschaft von durchschnittlich 5 000 €/a für die Folgezeit bewilligt werden. Die Mehrheit im Hauptausschuss hat zugestimmt unter dem Vorbehalt einer eingehenden Prüfung im zuständigen Fachausschuss.

15 Jahre oder mehr ist schon über Sinn und Zweck eines Bürgerbusses zur Anbindung der nördlichen Ortschaften geredet worden. Die Initiatoren des Bürgerbusses haben sich von Anbeginn - das liegt nun schon drei Jahre zurück - bemüht, alle Bürgervereine vor Ort und politischen Gruppen in ihre Bemü-

hungen einzubinden. Leider konnten sich die Angesprochenen im Rat zu einer Mitwirkung nicht entschließen. Das hat die Konzeptentwicklung mit ihren zahlreichen Einzelproblemen nicht gerade erleichtert.

- 5 -

Der im Mai 2010 gegründete Verein „Bürgerbus Jüchen e.V.“ hat inzwischen etwa 25 Ehrenamtler gewonnen, die zum Steuern des Busses bereit sind. Er ist auch schon einmal aktiv geworden, als er an den Gesundheits- und Selbsthilfetagen des Rhein-Kreises Neuss im Juni 2010 drei Fahrer stellte. Der Verein will einen Beitrag leisten zur Erhöhung der privaten Mobilität, die für die Entwicklung unserer Siedlungszentren und ihrer zunehmenden Schwerpunktbildung in den Bereichen von Versorgung, Bildung, Freizeit und Sport unabdingbar ist.

Das Konzept, das Ihnen nun vorliegt, beschreibt alle sachlichen Erfordernisse und Zuständigkeiten für die Organisation und den Betrieb eines Bürgerbusses. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung führt sämtliche Kostenfaktoren im Detail auf und macht quantitative Vorschläge zu ihrer Behandlung. Das Konzept spricht in seinem Vorwort noch einmal eine Einladung an alle aus: **Machen Sie mit!** Denn sollten Sie wirklich dem Bürgerbus-Projekt am Ende zustimmen, beginnt die praktische Umsetzung. Und ehrenamtliche Unterstützung kann nie genug sein. Ob das Vorhaben am Ende ein Erfolg wird, werden wir in zwei Jahren abschätzen können und in drei Jahren wissen.

Es gibt ein kommunalpolitisches Feld, die **Schulpolitik**, die in letzter Zeit große Gemeinsamkeit der Auffassungen im Rat gefunden hat. Für uns ist das eine sehr erfreuliche und erleichternde Erfahrung! Dabei hat sich herausgestellt, dass die hauptsächlichsten Schwierigkeiten in der Information und Überzeugung von unseren Lehrern und Eltern liegen.

Das erste Thema war die Einführung des gebundenen **Ganztags in die Sekundarstufe I** von Gymnasium und Realschule. Hierzu wurden von der Verwaltung Informationsveranstaltungen durchgeführt, auf denen harte Kontroversen aufbrachen. Aus der öffentlich gewordenen Diskussion konnte man entnehmen, dass manche Eltern im Hinterhof ihrer konservativen Idylle noch nicht gemerkt hatten, dass es die konservative Landesregierung Rüttgers war, die die Ganztagsoffensive für die Sekundarstufe I seit 2005 ins Werk setzte. In 216 Gymnasien und Realschulen sollte der gebundene Ganztags eingeführt werden. Dazu wurden steigende Mittel, zuletzt im Haushalt 2010 356 Mio € bereitgestellt. Haben CDU und FDP einmal ihre Landtagsfraktionen befragt, warum dabei gleichzeitig die bisherige Wahlmöglichkeit, Halbtags- und Ganztagskonzepte zweigeleisig an den Schulen zu etablieren, aufgehoben worden ist? Das würde allen unseren Eltern gerecht werden und eine Abwanderung von Schülern in die Nachbarkommunen verhindern.

Das zweite und jüngste Thema ist der Schulversuch der neuen Landesregierung zur Einführung der **Gemeinschaftsschule**. In einer der Informationsveranstaltungen kam auch die Gemeinschaftsschule zur Sprache und wurde mit den Schlagetot-Parolen von der „Gleichmacherei“ und der „Einheitsschule“ verächtlich gemacht. Es ist erschreckend, wie sehr antisozialistische Parolen des Kalten Krieges aus der Zeit von vor 40 oder 50 Jahren noch heute die Köpfe vergiften.

Die Gemeinschaftsschule ist ein Angebot, sehr flexibel nach lokalen Bedingungen und Bedürfnissen auf den Rückgang der Schülerzahlen zu reagieren, ohne das ortsnahe Bildungsangebot zu verkleinern. Das Konzept wurde im Auftrag der Landesregierung Schleswig-Holstein 2004 an der Universität Dortmund entwickelt und ist seit 2007 im Schulgesetz als Regelschule verankert. Inzwischen gibt es im CDU-geführten Schleswig-Holstein mehr als 190 Gemeinschaftsschulen. Im NRW-Schulversuch sind bisher 17 Anträge auf Gemeinschaftsschulen genehmigt worden, davon wurden 11 Anträge von Kommunen mit CDU-Mehrheit gestellt.

Auch in Jüchen haben sich Schwierigkeiten der Beschulung ergeben. Die mangelnden Anmeldezahlen in der Hauptschule Hochneukirch gestatten nicht einmal mehr, rein administrativ eine Verbundschule mit der Realschule zu bilden. Was soll also geschehen? Wir sind davon überzeugt, dass es zur Bildung einer Gemeinschaftsschule aus Real- und Hauptschule keine Alternative gibt und auch mit dem modernen pädagogischen Konzept der richtige Weg beschritten wird. Wir begrüßen daher sehr die zupackende Art, Herr Bürgermeister, mit dem Sie das Thema auf die heutige Tagesordnung gesetzt haben, und wünschen der gemeinsam zu beschließenden Initiative den notwendigen Erfolg.